

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Heimut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408  
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 646-48 ppbn d

## Inhalt

Günter Schluckebier MdB  
zu den Todenhöfer-Ausfä-  
len gegen die Bundesre-  
gierung

Seite 1

Dieter Lattmann MdB zur  
Ausbürgerungs-Problematik  
von Intellektuellen in  
der DDR

Seite 2/3

Innensenator Werner Staak  
spricht sich für eine bes-  
sere Zusammenarbeit bei  
der Terroristenbekämpfung  
aus

Seite 4/5

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Kölner Straße 108-112,  
5300 Bonn-Bad Godesberg  
Telefon: (0 22 21) 37 68 11

32. Jahrgang / 169

5. September 1977

Todenhöfer in die Schranken zurückweisen

Ähnliche Diffamierungskampagnen führten bereits National-  
sozialisten

Von Günter Schluckebier MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für wirt-  
schaftliche Zusammenarbeit

Unsere Position im südlichen Afrika ist angesichts der pre-  
kären Lage in dieser Region schwierig genug, sie sollte  
durch die konzertierten Attacken von CDU und CSU auf unse-  
re Haltung gegenüber den Befreiungsbewegungen in Zimbabwe  
und Namibia nicht noch weiter erschwert werden. Wer - zum  
Teil im Ausland - die Bundesregierung öffentlich des Ver-  
brechertums, der Beihilfe zum Mord und der Übernahme deut-  
scher Terroristensmoral bezichtigt, muß sich nicht nur die  
Frage nach dem Stil der politischen Auseinandersetzung in  
der Bundesrepublik stellen lassen, sondern macht damit jede  
außenpolitische Diskussion als Teil der Entscheidungspro-  
zesse unmöglich.

Die Geschmacklosigkeit der Vorwürfe Todenhöfers und seiner  
Freunde und die unausgesprochen dahinter stehenden Verdächti-  
gungen erinnern an die Diffamierungskampagnen, unter denen  
die Sozialdemokraten schon zu leiden hatten, als Nationalso-  
zialisten Mitglieder deutscher Parlamente waren. Auf der Be-  
hauptung der Kriegstreiberei und der Kumparei mit Kommuni-  
sten ist gerade jene sachliche Diskussion nicht aufzubauen,  
die wir so dringend brauchen. Damit macht sich Todenhöfer  
zum willkommenen Werkzeug jener Rassisten, die mit ihrem un-  
nachgiebigen Nein gegenüber allen Forderungen nach Beendi-  
gung der Unrechtsregierungen die Gefahr verschuldet haben,  
die heute dem Weltfrieden aus Südafrika droht.

Die CDU/CSU-Fraktion ist aufgefordert, Todenhöfer und seine  
Freunde in die Schranken des demokratischen Parlaments zu-  
rückzuweisen. Tut sie das nicht, schadet sie nicht nur ihrer  
eigenen Glaubwürdigkeit, sondern zerrüttet die Position der  
Bundesrepublik Deutschland im südlichen Afrika, die die Bun-  
desregierung gemeinsam mit vielen befreundeten Regierungen  
aufgebaut hat.

(-/5.9.1977/va-hc/

Vertreibung ins Niemandsland

Künstler und Schriftsteller als gezwungene Grenzgänger zwischen Ost und West

Von Dieter Lattmann MdB

Auch die DDR hat die Schlußakte von Helsinki ratifiziert, in der es heißt: "Die Teilnehmerstaaten anerkennen die universelle Bedeutung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Achtung ein wesentlicher Faktor für den Frieden, die Gerechtigkeit und das Wohlergehen ist."

Bürger der Deutschen Demokratischen Republik aber, die sich daran halten und sich kritische Freizügigkeit gegenüber der herrschenden Ideologie ihres Staates leisten, werden in zunehmender Zahl - die einem Exodus gleichkommt - nach Westen abgeschoben, zumal, wenn es sich um Personen handelt, von denen als Multiplikatoren Signalwirkung ausgehen kann.

Fast ist die Gruppe der Autoren, Musiker, Schauspieler und Wissenschaftler auch für aufmerksame Zeitgenossen unüberschaubar geworden, die in den zurückliegenden Wochen den politischen Laufpaß erhielten und gegen ihren Willen oder mit aufgenötigter Zustimmung durch die Mauer ins Niemandsland verbannt wurden. Denn das gehört zur Eigenschaft von politischen Gefängnissen, daß sich ihre Durchlässe immer dann öffnen, wenn die Allmacht eines Staates mit totalem Besitzanspruch auf seine Bewohner es will. Die Rückkehr ist in der Regel ausgeschlossen.

Wohin aber geraten die ausgebürgerten Intellektuellen - wenn nicht in eine Zone geistig-politischer Heimatlosigkeit? Aus der DDR hat man ihnen nachgerufen: "Wem es bei uns nicht paßt, der soll nach drüben gehen." Gerade das aber findet seine Entsprechung im reaktionären Lager in der Bundesrepublik. Auch dort ist die Intoleranz gegenüber Andersdenkenden seit Jahr und Tag militant vernehmbar unter dem Motto: "Wem es hier nicht paßt, der kann rausgehen aus Deutschland." - Das gehört nicht nur ins Wortarsenal unsäglichler Aschermittwochskampagnen des Franz-Josef Strauß.

Solange Dissidenten östlicher Regime nicht mit fliegenden Fahnen und politisch naiv wie ein Solschnizyn ins kapitalistische System überwechseln und sich den westlichen Medien willfährig zum Mißbrauch zur Verfügung stellen, sind sie nach Asylrecht und

Grundgesetz zwar theoretisch unsere Mitbürger, in der gesellschaftlichen Wirklichkeit aber geraten sie rasch in eine bedenkliche Isolation. Das umso mehr in einer Bundesrepublik, die seit einiger Zeit eine Phase des massenpsychologischen Antikommunismus durchmacht, der in keinerlei vernünftigem Verhältnis zur faktischen Einflußlosigkeit kommunistischer Gruppen auf Entscheidungsstellen in Politik, Wirtschaft und staatlicher Organisation steht. Im Gegenteil: Kommunismus jeglicher Ausprägung ist anders als in unseren westeuropäischen Nachbarländern aus vielerlei Gründen für 99 Prozent der Bundesbürger nicht nur keine Versuchung, vielmehr schlichtweg unattraktiv.

Die Künstler und Intellektuellen, die da aus Ostberlin und der DDR bei uns ausgesetzt werden, sind aber überwiegend überzeugte Sozialisten - nicht im staatsdogmatischen Sinne der Gesellschaft, die sie verlassen mußten, jedoch in einer geschichtlich verwurzelten, idealistisch orientierten und zugleich auf Realität bedachten Dimension. Auch als Exilierte erwarten sie sozialere Lösungen für die Probleme der heutigen Welt auf der politischen Grundlinie eines Sozialismus unter der Bedingung der Demokratie. Eben dadurch geraten sie zu Weltanschauung und Lebensweise der überwältigenden Mehrzahl der Bundesbürger in Gegensatz. Ja, so bewundert sie als Dissidenten sind, solange sie "drüben" in Unterdrückung existieren, so rasch sind sie in der Bundesrepublik einer Beziehungslosigkeit ausgeliefert, die das Einleben erschwert.

Eine Sonderrolle als Schauplatz des Grenzgängertums spielt in diesem Zusammenhang Westberlin. Natürlich fühlt man sich häufig an die Emigration deutscher Intellektueller 1933 aus der Diktatur erinnert. Wie damals New York - die Stadt, der nichts auf der Welt fremd ist - zum Hauptanziehungspunkt für flüchtende europäische Demokraten wurde, aber auch zum Ort fast irrealer Übergangssituationen und bedrohlicher Verlassenheit, gibt es heute in Westberlin Regionen einer magischen Ansiedlung vieler, die weder hüben noch drüben behaust, weder in das eine noch in das andere der beiden kontrastierenden Gesellschaftssysteme mit ihren übermächtigen Vereinfachungen und Normen integriert sind.

Politik sollte das einräumen, auch wenn derlei Erkenntnisse den Schablonen unserer parteipolitischen Auseinandersetzungen zuwiderlaufen. Solche Konsequenzen der Ausbürgerung werden bei uns zu wenig gesehen, zu selten in den Medien thematisiert. Für alle, für die unsere vielberufene freiheitlich demokratische Grundordnung mehr als ein Lippenbekenntnis ist, wird dadurch die Integrationskraft unserer Demokratie auf die Probe gestellt.

(-/5.9.1977/vo-he/ben)

Nicht zerreden, sondern handeln  
-----

## Für eine bessere Zusammenarbeit bei der Terroristenbekämpfung

Von Werner Staak

Innensenator der Freien und Hansestadt Hamburg

Nach dem Mord an dem Bankier Jürgen Ponto und Anschlägen gegen staatliche Institutionen ruft die Öffentlichkeit nach wirksameren Maßnahmen gegen den Terrorismus in der Bundesrepublik. Die Ungeduld der Bürger angesichts fehlender Fahndungserfolge und der Ruf nach schärferen Gesetzen ist verständlich. Dennoch aber müssen die politisch Verantwortlichen immer wieder darauf hinweisen, daß Erfolge im Kampf gegen den Terrorismus von heute auf morgen nicht zu erreichen sind. Nur mit Beharrlichkeit und Zähigkeit werden Polizei und Verfassungsschutz solchen Gewalttätern das Handwerk legen können. Mißtrauen und Hysterie, im rechten Lager geschürt, schaffen für Erfolge ein denkbar schlechtes Klima.

Statt ständig neue Gesetzesverschärfung zu fordern, wie es die CDU/CSU mit einfallloser Regelmäßigkeit tut, kommt es vielmehr darauf an, daß bestehende gesetzliche und administrative Instrumentarium im Kampf gegen den Terrorismus voll anzuwenden. Erfolge wird es nur auf der Grundlage einer engen Zusammenarbeit aller Sicherheitsorgane auf allen Ebenen geben. Die Beratungen der Innenminister/-Senatoren aus Bund und Ländern am 2. September führten hier einen Schritt weiter.

- Der Bundesinnenminister wie auch der Präsident des Bundeskriminalamtes haben mit Nachdruck betont, daß das gegenwärtige föderalistische System sich bewährt hat und auch keiner Änderung bedarf. Ein deutsches FBI ist überflüssig.
- Die Innenministerkonferenz ist mit dem Bundesinnenminister einig, den Sicherheitsbereich des Bundes in einem Dreijahresprogramm um 5.000 Stellen zu verstärken. Sie ist der Auffassung, daß die hierfür erforderlichen Kräfte nicht aus dem Länderbereich angeworben werden können, sondern durch Ausbildung von Nachwuchskräften durch den Bund zu decken sind. In den Ländern sind gleichfalls Personalverstärkungen im Sicherheitsbereich erforderlich.
- Einen entscheidenden Ansatzpunkt für eine wirksamere Bekämpfung des Terrorismus und der Schwerkriminalität sieht die Innenministerkonferenz in fälschungssicheren Personal- und Kraftfahrzeugpapieren sowie Kfz-Kennzeichen.

Die Innenministerkonferenz begrüßt deshalb die Absicht der Bundesregierung, in Kürze Gesetzesentwürfe für eine bundeseinheitliche Regelung der Meldepflicht einschließlich der Hotel-Meldepflicht sowie für fälschungssichere Kraftfahrzeugkennzeichen vorzulegen. Gegenwärtig wird auf internationaler Ebene die Einführung fälschungssicherer Personalausweise erör-

tert. Falls sich hier alsbald keine Ergebnisse abzeichnen, wird sich der Bundes-Innenminister um eine schnelle nationale Lösung bemühen. Daneben soll schon jetzt durch technische Maßnahmen die Fälschung von Personalpapieren weiter erschwert werden.

- Die Innenministerkonferenz hält allerdings eine alsbaldige Verschärfung der Bestimmungen des Kriegswaffenkontrollgesetzes für erforderlich, um gegen Terroristen schon bei Besitz solcher Waffen vorgehen zu können.
- Zur effektiveren Bekämpfung terroristischer Vereinigungen hat sich die Innenministerkonferenz dafür ausgesprochen, die gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen, daß der Verfassungsschutz bei den in hohem Maße konspirativ arbeitenden Terrorgruppen bereits im Vorfeld deren Planungs- und Vorbereitungsmaßnahmen erkennen kann.
- Zum weiteren Ausbau der Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern hat die Innenministerkonferenz den Bundesinnenminister gebeten, den Ländern umgehend das Konzept über die Fortentwicklung der polizeilichen Datenverarbeitung vorzulegen und Verwaltungsvorschriften vorzubereiten, um eine optimale Zusammenarbeit zwischen dem Bundeskriminalamt und den Landeskriminalämtern im Bereich der automatischen Datenverarbeitung zu gewährleisten.
- Die Innenministerkonferenz hält zur Aufhellung der Sympathisantenszene eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit zur umfassenden Aufklärung der Bevölkerung über Ziele, Methoden und Aktionen terroristischer Bestrebungen sowie ihr Umfeld und ihren Hintergrund für erforderlich. Damit wird die alte sozialdemokratische Forderung nach politischer Auseinandersetzung mit dem Terrorismus erfüllt.

Beschlüsse der IMK und die Arbeit der Sicherheitsorgane im Bereich von Bund und Ländern sind nur ein Teil der gemeinsamen Anstrengungen gegen den Terrorismus. Ebenso wichtig sind das Vertrauen der Bürger in die Leistungsfähigkeit von Polizei und Verfassungsschutz und ihre Bereitschaft zur Mitarbeit.

Deshalb darf das Vertrauen in die Sicherheitsorgane nicht zerredet oder gar parteipolitisch mißbraucht werden. Wir haben uns auf eine lange Auseinandersetzung mit den Terroristen einzustellen. Wer aber nach jedem Anschlag Bürgerfreiheiten zur Disposition stellt oder nur nach immer mehr Polizei ruft, trägt zur Lösung der Probleme im Grunde nicht bei.

(-/5.9.1977/vo-he/gat)

+ + +